

Deutschland außer Rand und Band – Neue Kohlekraftwerke braucht das Land

Milliardengewinne der Wirtschaft
– staatlich garantiert

Von Pony_Huetchen – POLITBLOG

Als „Klimakönigin“ wurde Angela Merkel bereits titulierte. Ob während ihrer EU-Präsidentschaft, als Gastgeberin beim G8-Gipfel oder bei ihrem jüngsten Auftritt auf der UNO-Vollversammlung – die Reduktion des CO₂ hat sie sich auf die Fahne geschrieben, mit der sie medienwirksam vor jeder laufenden Kamera und jedem Mikrophon wedelt.

Die Frage, ob und welcher Form CO₂ einen Einfluss auf das Klima hat, ist umstritten. Abseits von aller Politik und CO₂-Kontroversen sollte dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass der Mensch massiv auf seine Umwelt Einfluss nimmt – und das in den seltensten Fällen zu deren Nutzen. Wo CO₂ entsteht, geschieht das in aller Regel nicht ohne andere, für den Menschen nicht minder schädliche Substanzen wie Russpartikel und Stickoxide. Von allen tatsächlichen Umweltproblemen losgelöst haben es jedoch ausschließlich das Klima und CO₂ auf den vordersten Rang der politischen Agenda geschafft. Wer dahinter wirtschaftliches Kalkül vermutet, wird bei der deutschen Kanzlerin nicht enttäuscht. Zu offensichtlich sind die politisch-wirtschaftlichen Machenschaften hinter den Kulissen der medialen Schlagzeilen-Propaganda.

So berichtete die Presse in Niedersachsen in ihrem Lokalteil, der „belgische Energiekonzern Electrabel treibt die Planung für den Bau zweier Kohlekraftwerke in Norddeutschland voran. Beim Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg hat der zum französischen Suez-Konzern gehörende belgische Energieerzeuger jetzt den Bau eines 800-Megawatt-Kraftwerkes beantragt, wie Electra-

bel mitteilte. Die Genehmigungsanträge für zwei weitere potenzielle Standorte in Wilhelmshaven und Brunsbüttel würden kurzfristig – vermutlich Anfang November – folgen.“

Ein Genehmigungsantrag ist bereits für Stade, wo gerade das alte Atomkraftwerk abgebaut wird, eingereicht. Auf den zweiten Standort wolle sich Electrabel Mitte 2008 festlegen.

Das große Geschäft mit dem flüchtigen Gas

Nun mag es zum einen grundsätzlich verwundern, dass entgegen aller politischen Klimaschutzbekundungen der Bau von Kohlekraftwerken voran getrieben wird. Schaut man sich einmal die Gesetzeslage an, wird schnell klar, dass mit den größten Dreckschleudern offensichtlich das meiste Geld zu verdienen ist. Und schlimmer noch – die in der EU einzigartige deutsche Förderung der Kohlekraftwerke lockt ausländische Investoren an, ihre CO₂-Emissionen in Deutschland zu errichten. Mit der „Schaffung von Arbeitsplätzen“ werden solche Vorhaben lauthals gerade in „strukturschwachen“ Regionen beworben und Lokalpolitiker lassen sich in ihren Wahlkreisen feiern. Die im Sommer vergangenen Jahres vom Bundeskabinett beschlossenen CO₂-Emissionsrechte sehen einen „Zuteilungsplan“ für die Zeit von 2008 bis 2012 vor. Danach sollen jährlich Zertifikate für den Ausstoß von 482 Mill. Tonnen CO₂ an Industrie und Energieunternehmen vergeben werden. Diese Rechte werden aber weder verkauft noch versteigert – sie werden verschenkt!

Die Industrie soll nach dem Berliner Plan ihre Emissionen um 1,25% verringern, die Energieversorger um 15%. Begründet wurde diese unterschiedliche Vorgabe mit der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Um den Verkauf der Zertifikate hatte es im Vorfeld einige Kontroversen gegeben, bis man sich mit Rücksicht auf weiter steigende Strompreise auf das „Verschenken“ einigte. Das allerdings bedeutet einen erheblichen Verlust in der Kasse des Finanzministeriums.

Die Energiekonzerne kümmert das wenig, im Gegenteil machen sie nun doppelten Profit: Den offiziellen Börsenpreis der Zertifikate rechnen sie einfach in die Energiepreise ein – obwohl sie die Rechte geschenkt bekommen. So werden die deutschen Stromverbraucher Schätzungen zufolge bis zu 8 Mrd. Euro mehr zahlen.

Kohlekraftwerke – das deutsche CO₂-Paradies

Noch deutlicher wird der politische Schwindel bei der Vergabe der CO₂-Emissionsrechte an Kohlekraftwerke. Sie erhalten mehr als doppelt so viele Emissionsrechte wie ein Gaskraftwerk mit gleicher Leistung. Forciert wurden die jetzigen Regelungen durch Umweltbundesminister Sigmar Gabriel, der seine Leitlinie kommentierte: „Wir müssen beim Klimaschutz wesentlich mutiger werden.“

Gabriel spricht offensichtlich von dem dreisten Mut der Politiker, Industrie und Energieversorgern, noch mehr Profite in die Konzernkassen zu spülen. Geld, das zuvor dem Bürger aus der Tasche gezogen wird. Diese Politik zeigt nur zu offensichtlich, welchen „Klimaschutz“ die Regierenden meinen: Angst in der Bevölkerung vor dem globalen CO₂-Kollaps schüren und bestes Investitionsklima für die Wirtschaft schaffen. Auf weitere Kohlekraftwerke können wir gespannt warten: Nie war Profitmacherei in Deutschland so einfach wie heute. ■

Vergleichen Sie dazu auch die ZDF-Dokumentation bei Frontal21 v. 14. Aug. 2007 „Das Kartell – Deutschland im Griff der Energiekonzerne“